

# Wahrnehmung extremistischer Aktivitäten und subjektives Bedrohungserleben in Deutschland: Verbreitung und Einflussfaktoren

*Rebecca Endtricht und Janosch Kleinschnittger*

## Gliederung

1. Einleitung
2. Hintergrund und theoretische Einbettung
3. Die Studie „Menschen in Deutschland 2021“
  - 3.1 Methodisches Vorgehen und Stichprobe
  - 3.2 Die verwendeten Variablen
4. Beobachtung extremistischer Aktivitäten und Gefühle der Bedrohung: Regionale Verteilungen
5. Einflussgrößen der Wahrnehmung politischer Extremismen und subjektiven Bedrohungserlebens
  - 5.1 Einflussgrößen der Beobachtung extremistischer Aktivitäten
  - 5.2 Einflussgrößen für Bedrohungsempfindungen
6. Diskussion und vorläufiges Fazit

## 1. Einleitung

Politische Extremismen können sich im Leben von Menschen in unterschiedlichen Formen zeigen: Menschen können diese Phänomene als unbeteiligte Dritte beobachten, sie als Betroffene von Intoleranz oder Ausgrenzung persönlich erfahren, oder aber selbst ablehnende Einstellungen gegenüber gesellschaftlichen Teilgruppen oder dem politischen System Deutschlands und dessen Akteur:innen annehmen. Aufgrund des breiten Spektrums der Erscheinungsformen politisch radikaler bis hin zu extremistischen Verhaltensweisen sollten die persönlichen Erfahrungen von Menschen in Deutschland so differenziert in Analysen zur Verbreitung und Relevanz solcher Phänomene einbezogen werden, dass die verschiedenen Blickwinkel, unter denen sie betrachtet und erlebt werden, verglichen und zueinander in Relation gesetzt werden können.

Im vorliegenden Beitrag werden die verschiedenen Perspektiven von Personen als Beobachtende, selbst Betroffene oder Bedrohte wie auch ihre eigenen

politischen Einstellungen zum Gegenstand der Untersuchung gemacht. Auf diese Weise soll gezeigt werden, welche Personengruppen im Kontext ihrer wahrgenommenen Lebensausschnitte, ihres Umfelds und ihrer eigenen einstellungsbezogenen Perspektive für die Beobachtung welcher Phänomenbereiche besonders sensibel sind und welche Folgen dies für ihre Furcht vor politisch-extremistischer Gewalt hat. Dabei wird untersucht, a) wie verbreitet die Wahrnehmungen von extremistischen Aktivitäten sowie von Bedrohungen aufgrund extremistischer Gewalt in Deutschland sind, b) wovon es abhängt, ob und in welchem Ausmaß Personen solche Wahrnehmungen äußern, und c) wie solche Beobachtungen und Bedrohungsgefühle miteinander zusammenhängen.

Es werden Ergebnisse aus einer deutschlandweit repräsentativen Bevölkerungsbefragung präsentiert, die die subjektiven Erfahrungen der Befragten mit linksextremistischen, rechtsextremistischen und islamistischen Aktivitäten vergleichend betrachten und in Zusammenhang miteinander bringen. Die Analyse der subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen derartiger Phänomene und Prozesse im direkten Umfeld von Menschen gestattet es, etwas über die sozialen Kontexte zu erfahren, in denen diese eine Rolle spielen. Einschätzungen der Verbreitung und des Ausmaßes politisch radikaler Aktivitäten sind insoweit sowohl Indikatoren der Prävalenz als auch Maße der subjektiven Relevanz solcher Phänomene für den Lebensalltag der Menschen in Deutschland.

## 2. Hintergrund und theoretische Einbettung

Ein Vorteil der Betrachtung der Befragten als Beobachtende besteht im Vergleich zu Kriminalstatistiken mit Bezug zu extremistischen Aktivitäten darin, dass letztgenannte aufgrund des großen Dunkelfelds meist verzerrt sind – sei es beispielsweise durch Unklarheiten in der Zuordnung von Aktivitäten zu einem politisch-extremistischen Spektrum, oder schlicht durch Abwesenheit von Personen, die relevante Aktivitäten melden. Befragte einer repräsentativen Bevölkerungsstudie hingegen, die klar regional verortet werden können, sind in der Lage, etwas über die Situation in ihrem direkten Umfeld zu berichten, dabei persönliche Erfahrungen aus alltäglichen Situationen einzubeziehen, und darüber das Dunkelfeld politisch-extremistischer Aktivitäten besser auszuleuchten (vgl. *Birkel et al.* 2022, S. 11 f.). Für den Ansatz eines umfassenden Monitorings stellt dies eine maßgebliche Verbesserung dar. Solche Erkenntnisse können weiter mit Informationen über regional verschiedene

Gelegenheitsstrukturen der Wahrnehmung von Extremismen in Verbindung gebracht werden. So sind z. B. politische Demonstrationen und Protestereignisse, bei denen relevante Aktivitäten wahrgenommen werden könnten, vermehrt in Großstädten bzw. je nach Themenfokus eher in bestimmten Regionen Deutschlands zu verzeichnen (vgl. *Grande et al.* 2021, S. 110 f.; vgl. *BMI* 2022, S. 14).

Neben diesen Vorteilen der Berücksichtigung subjektiver Erfahrungswerte und deren regionaler Kontexte ist allerdings einschränkend zu beachten, dass solche Berichte immer auch durch individualspezifische Aspekte der kognitiven Verarbeitung von Informationen beeinflusst sind. Solche Einflüsse sollen hier ebenfalls in die Untersuchungen einbezogen werden, um über Beobachtungshäufigkeiten hinaus auch aufzuzeigen, welche Folgen subjektive Einstellungen und Erlebnisse für die Bedrohungseinschätzungen verschiedener Menschen haben kann.

Situationswahrnehmungen werden zunächst beeinflusst von *sozialstrukturellen Begebenheiten*, darunter u. a. objektive Differenzen je nach Wohnort. Aber auch die Zusammensetzung des Umfelds von Personen, „including the racial and ethnic diversity of their family and community“ (*Rhodes/Baron* 2019, S. 363), ist für die individuelle Interpretation von Wahrnehmungen relevant. Soziale Situationen werden auf dieser Basis kategorisiert, d. h. in bestehende mentale Kategorien eingeordnet und so mit Bedeutungen verknüpft (*Tajfel/Forgas* 2000, S. 50 ff.). Je nach Umfeld und Erfahrungen sind unterschiedliche Kategorien in unterschiedlichem Ausmaß verfügbar, also salient (*Oakes* 1987, S. 132).

Auch Bedrohungsgefühle werden durch diese Faktoren beeinflusst. Studien zeigen hierzu beispielsweise, dass die Zusammensetzung der Nachbarschaft im Sinne eines höheren Anteils an Migrant:innen einen Einfluss auf die gefühlte Bedrohung durch Kriminalität hat – insbesondere, wenn die Befragten weiß sind (*Quillian/Pager* 2010, S. 79 ff.). Solchen Schlussfolgerungen, die aus bestimmten Situationen gezogen werden, liegen oftmals Vorurteile und soziale Stereotype zugrunde, die durch entsprechende (Einzel-)Ereignisse gerechtfertigt, bestätigt und verfestigt werden können (*Frey* 2020, S. 687; *Schneider et al.* 2020, S. 6). Relevant ist hierbei ausschließlich die subjektive Wahrnehmung: „(...) the perception of threat can lead to prejudice, regardless of whether or not the threat is ‘real’“ (*Stephan/Stephan* 2000, S. 25; vgl. *Rhodes/Baron* 2019, S. 361). Insofern ist der soziale Hintergrund von Befragten, der etwas über Eigengruppenzugehörigkeiten und mögliche Fremdgruppen aussagt, wie etwa ein Migrationshintergrund oder die Religions-

zugehörigkeit, neben der regionalen Verortung ebenfalls in die Analyse einzubeziehen.

Im Kontext von Gruppenzugehörigkeiten dient die Kategorisierung einer sozialen Situation oftmals der funktionalen Abgrenzung der eigenen Bezugsgruppe zu anderen Gruppen (vgl. *Bodenhausen et al.* 2012, S. 312; *Turner et al.* 1987). Deshalb sollten auch *einstellungsbezogene Indikatoren* in die Interpretation von Daten über selbstberichtete Beobachtungshäufigkeiten und Bedrohungsgefühle einbezogen werden. Die Beeinflussung von Wahrnehmungen durch eigene Einstellungen wird mit dem Konzept des „motivated reasoning“ beschrieben. Hierzu gehört die Tendenz von Personen, Informationen eher als relevant einzuschätzen, wenn sie mit bisherigen Annahmen konsistent und somit subjektiv eher ‚erwünscht‘ sind. Die Verarbeitung der wahrgenommenen Informationen wird daher in Richtung eigener (bzw. eigengruppenbezogener) Werte, Normen und Glaubenssätze beeinflusst (vgl. *Druckman/McGrath* 2019, S. 111 ff.; *Hornsey* 2008, S. 206). Dieser Mechanismus schließt auch die Anwendung von Heuristiken ein, so z. B. im Rahmen des (unbewussten) Ignorierens von Basisraten oder der Beurteilung von Ereignissen anhand ihrer Ähnlichkeit zu anderen, der Person bekannten Vorfällen (*Tversky/Kahneman* 1974). Derartig beeinflusste Situationsberichte konnten in der empirischen Forschung zu politischen Einstellungen mehrfach bestätigt werden (*Kahan* 2013, S. 407; *Strickland et al.* 2011, S. 935). Aus diesem Grund werden solche politischen Einstellungen, die sich auf die Verortung der befragten Personen im politischen Spektrum beziehen, auch in die hier vorliegenden Analysen einbezogen.

Nicht zuletzt haben, insbesondere in Verbindung mit den eingangs genannten sozialstrukturellen Faktoren, auch *eigene Erlebnisse* einen großen Einfluss auf die Interpretation sozialer Situationen. Hierunter fallen im vorliegenden Kontext u. a. persönliche Diskriminierungserfahrungen. Diskriminierende Handlungen können als Ausdruck intoleranter Einstellungen definiert werden, die regelmäßig als Ungleichwertigkeitsvorstellungen Bestandteile politisch-extremistischer Phänomene sind. Eigene Erfahrungen mit derartigen Formen der Viktimisierung sind somit ein weiterer Indikator für Konfrontationen mit politischen Extremismen im eigenen Leben. Studien aus diesem Forschungsbereich zeigen, dass die Betroffenheit als Opfer einen Einfluss auf die Wahrnehmung von Situationen und Einschätzung künftiger Risiken haben kann. So wird z. B. von viktimisierten Personen oftmals die Kriminalitätsrate im eigenen Wohnumfeld überschätzt, womit unter bestimmten Bedingungen auch Bedrohungsgefühle ansteigen können (*Quillian/Pager* 2010, S. 79).

### 3. Die Studie „Menschen in Deutschland 2021“

Die Analysen in diesem Beitrag beruhen auf den Daten der ersten Welle der bundesweit repräsentativen Einstellungsbefragung „Menschen in Deutschland“ aus dem Jahr 2021 (MiD 2021). Die Feldarbeiten zu dieser Studie fanden vom 18. März bis zum 10. Juni 2021 statt.

Die Studie ist Bestandteil des Forschungsverbundes MOTRA („Monitoring-system und Transferplattform Radikalisierung“). Eine zentrale Zielsetzung dieses Verbundes besteht darin, das Radikalisierungsgeschehen in Deutschland möglichst umfassend zu beobachten und zentrale Einflussfaktoren für dessen Entwicklung zu identifizieren (vgl. *Kemmesies/Wetzels* 2021, S. 15 ff.). Als ein Teilprojekt dessen wurde unter Federführung des Instituts für Kriminologie an der Universität Hamburg ein Erhebungsinstrument für eine im jährlichen Abstand wiederholte repräsentative Befragung der in Deutschland lebenden Wohnbevölkerung ab 18 Jahren konzipiert (*Brettfeld et al.* 2021). In diesen Befragungen werden gesellschaftliche Einstellungen der Befragten, ihre politischen Haltungen und ihr Verhältnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erhoben. Andererseits werden auch Angaben der Befragten zu ihren individuellen Konfrontationen mit Erscheinungsformen politischer Extremismen sowie Bedrohungsgefühle in Bezug auf verschiedene Formen politisch-motivierter Gewalt erfasst.

#### 3.1 Methodisches Vorgehen und Stichprobe

Die Studie MiD 2021 wurde im Mixed-Mode-Design durchgeführt, d. h. die um Teilnahme gebetenen Personen konnten in schriftlich-postalischer Form oder online teilnehmen. Die zufällige Auswahl der Teilnehmer:innen erfolgte auf Basis von Informationen der Einwohnermeldeämter zur registrierten erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland. Das Erhebungsinstrument lag in sieben Sprachen vor (Deutsch, Arabisch, Türkisch, Französisch, Farsi, Englisch und Polnisch).

Im Rahmen der Stichprobenplanung wurden zusätzlich zu einer repräsentativen Zufallsstichprobe der erwachsenen Wohnbevölkerung ( $n = 2.171$ ) auch zwei Oversamples für Personen mit Migrationshintergrund ( $n = 645$ ) sowie muslimischer Religionszugehörigkeit ( $n = 1.667$ ) vorgesehen, um hinreichend viele Personen aus relevanten Teilgruppen der Bevölkerung in Deutschland zu erreichen. Insgesamt konnte eine verwertbare Gesamtstichprobe von

n = 4.483 erreicht werden (Gesamtrücklaufquote: 23.6%; für Details vgl. *Endtricht et al. 2022*).

Tabelle 1: Stichprobenverteilungen nach sozialstrukturellen Merkmalen

	Gesamtstichprobe (N = 4 483)		Referenz
	ungewichtet	gewichtet	
	gültiges n	%	%
<b>Geschlecht</b>			
männlich	2 286	51.7	48.8
weiblich	2 137	48.3	51.2
<b>Alter</b>			
Mittelwert	4 380	46.6	50.9
<b>Bildung</b>			
kein Abschluss/max. 7 Jahre	227	5.2	4.2
Haupt-/Volksschule	543	12.5	28.6
Mittlere Reife	1 012	23.3	31.6
Fach-/Hochschulreife	2 553	57.9	35.6
<b>Migrationshintergrund</b>			
ohne MHG	1 619	36.1	76.6
mit MHG	2 864	63.9	23.4
<b>Religion</b>			
Christ:innen	1 610	37.0	57.8
Muslim:innen	1 310	30.1	7.7
<b>Regionale Verteilung</b>			
Ostdeutschland	813	18.1	19.8
Westdeutschland	3 670	81.9	80.2

Anmerkung: Als Referenzdaten wurden Statistiken des Statistischen Bundesamts aus den Jahren 2019-22 herangezogen.

Für die nachfolgenden Analysen werden Gewichtungsfaktoren verwendet, welche die Effekte des Oversamplings ausgleichen und die Verteilung der Stichprobe in Bezug auf maßgebliche sozialstrukturelle Merkmale (z. B. Alter, Geschlecht, Bildung, Migrationshintergrund, regionale Bevölkerungsverteilungen) an die Grundgesamtheit der Wohnbevölkerung Deutschlands ab 18 Jahren anpassen. Tabelle 1 zeigt die Stichprobenverteilungen nach den relevanten sozialstrukturellen Merkmalen. Die hier präsentierten Ergebnisse können als repräsentativ angesehen werden (*Endtricht et al. 2022*, S. 13 ff.)

### 3.2 Die verwendeten Variablen

Zur Erfassung der Verbreitung extremistischer Aktivitäten wurden die Teilnehmer:innen gebeten anzugeben, in welcher Häufigkeit sie in der eigenen Stadt oder Gemeinde in den letzten 12 Monaten linksextremistische, rechts-extremistische oder islamistische Aktivitäten beobachtet haben. Die Antwortskala reichte dabei von 1 = „nie“ bis 4 = „oft“. Ebenfalls auf einer vierstufigen Likert-Skala konnten die Befragten Angaben darüber machen, in welchem Ausmaß sie sich in ihrer Stadt oder ihrer Gemeinde durch dieselben drei Formen extremistischer Gewalt bedroht fühlen (1 = „gar nicht bedroht“ bis 4 = „sehr bedroht“). Insofern wurden Beobachtungen solcher Aktivitäten und die dadurch induzierten Bedrohungsgefühle summarisch und abstrakt erfragt. Die Befragten mussten selbst entscheiden, was sie unter dem jeweiligen Extremismusbegriff verstehen.

Die zentralen unabhängigen Variablen lassen sich in sozialstrukturelle, einstellungs- sowie erfahrungsbezogene Indikatoren differenzieren. Aus sozialstruktureller Perspektive werden regionale Verteilungen nach Ost- und Westdeutschland sowie nach Bundesländern, der Migrationshintergrund sowie die Religionszugehörigkeit der Befragten untersucht. Als Einstellungsvariable wurde die selbst eingeschätzte politische Verortung der Befragten mittels der Links-Rechts-Skala (1 = links; 10 = rechts) erfasst. Weiter wurde die Parteipräferenz anhand der sog. Sonntagsfrage erhoben. Darüber hinaus wurden demokratiefeindliche Einstellungen der Befragten gemessen. Für die Bildung der Variable „Demokratiedistanz“ wurden 12 Einzelitems verwendet, die eine Ablehnung demokratischer Freiheitsrechte, der konstitutionellen Verfasstheit Deutschlands sowie grundlegender Gleichheitsrechte thematisieren (für Einzelheiten vgl. *Endtricht et al. 2022*, S. XXV ff.; *Fischer et al. 2022*, S. 183 f.).

Unmittelbare eigene Konfrontationen mit Intoleranz wurden anhand persönlicher Diskriminierungserfahrungen gemessen. Dazu wurden die Befragten gebeten auf einer Skala von 0 = „nie“ bis 3 = „oft“ anzugeben, wie häufig sie sich in den letzten 12 Monaten wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Nationalität bzw. ethnischen Herkunft oder wegen ihrer Religion bzw. ihres Glaubens diskriminiert gefühlt haben. Für die Analysen werden diese Angaben miteinander addiert und in einer Summenskala mit dem Wertebereich 0 bis 9 verwendet.

Als Kontrollvariablen werden Alter, Geschlecht und Bildungsniveau der Befragten (3-stufig) verwendet (vgl. *Wetzels et al. 2022*, S. 22 ff.).

#### 4. Beobachtung extremistischer Aktivitäten und Gefühle der Bedrohung: Regionale Verteilungen

Es zeigt sich übergreifend eine recht weite Verbreitung der Beobachtung extremistischer Aktivitäten. Deutschlandweit beobachteten die Befragten in ihrer Stadt oder Gemeinde in den letzten 12 Monaten am häufigsten rechtsextreme Aktivitäten. 37.1% nahmen solche Aktivitäten mindestens „selten“ wahr. Linksextremistische Aktivitäten wurden von 33.0% mindestens „selten“ beobachtet. Islamistische Aktivitäten gaben hingegen nur 23.8% der Befragten an (Tabelle 2).

Tabelle 2: *Beobachtung politisch-extremistischer Aktivitäten in den letzten 12 Monaten (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte)*

<i>Wie häufig haben Sie in den letzten 12 Monaten in Ihrer Stadt oder Ihrer Gemeinde die nachfolgend genannten Arten politischer Aktivitäten beobachtet?</i>	<i>manch-</i>				<i>MW</i>	<i>SD</i>	<i>N</i>
	<i>nie</i>	<i>selten</i>	<i>mal</i>	<i>oft</i>			
Linksextremistische politische Aktivitäten	67.1	20.0	10.1	2.9	1.49	0.79	4 358
Rechtsextremistische politische Aktivitäten	63.0	22.2	11.5	3.4	1.55	0.82	4 360
Islamistische politische Aktivitäten	76.1	15.7	6.4	1.7	1.34	0.68	4 363

Die Berichte über subjektive Bedrohungsgefühle wegen politisch-extremistischer Gewalt im eigenen Lebensumfeld stellen sich in ihrer Ausprägung und ihrer Rangfolge etwas anders dar als die Beobachtung entsprechender Aktivitäten (vgl. Tabelle 3). Von rechtsextremistischer Gewalt fühlten sich 20.0% der Befragten „etwas“ oder „sehr bedroht“. Islamistische Gewalt rief bei 16.1% ein entsprechendes Bedrohungsgefühl hervor, wohingegen es bei linksextremistischer Gewalt nur 10.3% der Befragten sind, die sich „etwas“ oder „sehr bedroht“ fühlten. Während also linksextremistische Aktivitäten am zweithäufigsten beobachtet wurden, sind sie mit den geringsten Bedrohungsgefühlen assoziiert. Bei islamistischen Aktivitäten ist dies genau umgekehrt.

Tabelle 3: Intensität subjektiv erlebter Bedrohungsgefühle durch unterschiedliche Formen politischer Gewalt (Häufigkeit in Prozent und Mittelwerte)

In welchem Ausmaß fühlen Sie sich in Ihrer Stadt oder Ihrer Gemeinde durch die nachfolgend genannten Arten politischer Gewalt bedroht?	gar nicht bedroht	kaum bedroht	etwas bedroht	sehr bedroht	MW	SD	N
Linksextremistische Gewalt	72.1	17.6	7.9	2.4	1.41	0.74	4 327
Rechtsextremistische Gewalt	59.9	20.1	15.7	4.3	1.64	0.90	4 352
Islamistische Gewalt	64.9	19.0	12.2	3.9	1.55	0.85	4 358

Für die Betrachtung regionaler Differenzen werden die Raten derjenigen Personen berichtet, die angeben, „manchmal“ oder „oft“ politisch-extremistische Aktivitäten beobachtet zu haben. Im Hinblick auf die Bedrohungsgefühle werden die Raten für die Ausprägungen „etwas bedroht“ und „sehr bedroht“ dargestellt.

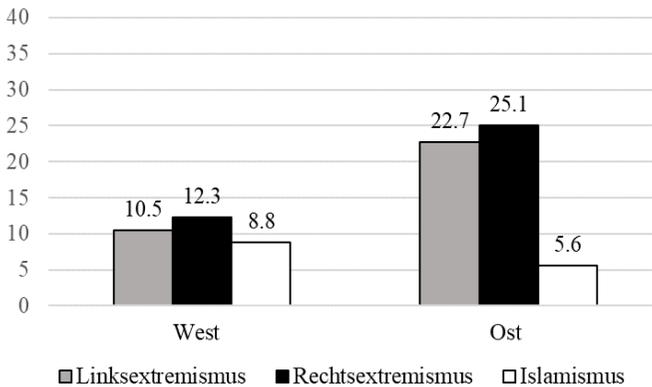


Abbildung 1: Beobachtung politisch-extremistischer Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld (Angaben in Prozent)

Abbildung 1 zeigt die regionale Verteilung der Beobachtung politisch-extremistischer Aktivitäten und Abbildung 2 die damit assoziierten Bedrohungsgefühle in einem zusammenfassenden Ost-West-Vergleich.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Berlin wird dabei den ostdeutschen Bundesländern zugerechnet.

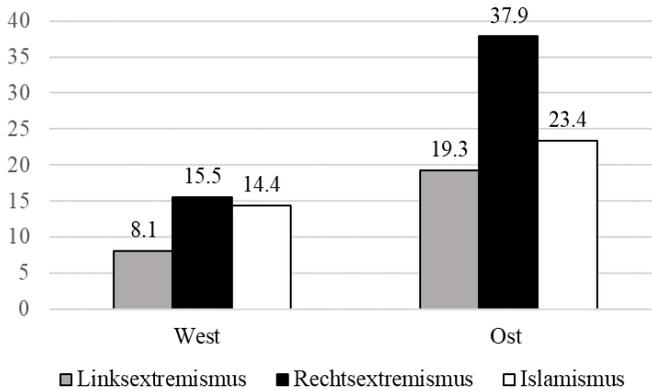


Abbildung 2: Bedrohungsgefühle wegen politisch-motivierter Gewalt im eigenen Lebensumfeld (Angaben in Prozent)

Die Raten in Ostdeutschland sind in Bezug auf beide abhängige Größen erkennbar erhöht: Links- und rechtsextremistische Aktivitäten beobachteten in den ostdeutschen Bundesländern mehr als doppelt so viele Menschen (22.7% bzw. 25.1%) wie in den westdeutschen Bundesländern (10.5% bzw. 12.3%) ( $\chi^2_{\text{LEX}} = 114.9$ ,  $p < 0.001$ ;  $\chi^2_{\text{REX}} = 84.1$ ,  $p < 0.001$ ). Islamistische Aktivitäten wurden indessen in West- und Ostdeutschland jeweils am seltensten und auch nicht signifikant unterschiedlich häufig beobachtet.

Menschen in Ostdeutschland fühlten sich in Bezug auf alle drei Extremismusformen signifikant häufiger durch Gewalt bedroht als Befragte in Westdeutschland ( $\chi^2_{\text{LEX}} = 82.8$ ,  $p < 0.001$ ;  $\chi^2_{\text{REX}} = 113.8$ ,  $p < 0.001$ ;  $\chi^2_{\text{ISL}} = 34.8$ ,  $p < 0.001$ ). Insbesondere die Rate für die wahrgenommene Bedrohung durch rechtsextremistische Gewalt erreicht mit 37.9% einen vergleichsweise hohen Wert. Deutlich wird auch, dass in Ostdeutschland die Rate derjenigen, die sich durch islamistische Gewalt bedroht fühlten, mit 23.4% deutlich höher ist, als es die Rate der entsprechenden Beobachtungen vermuten lassen würde (5.6%).

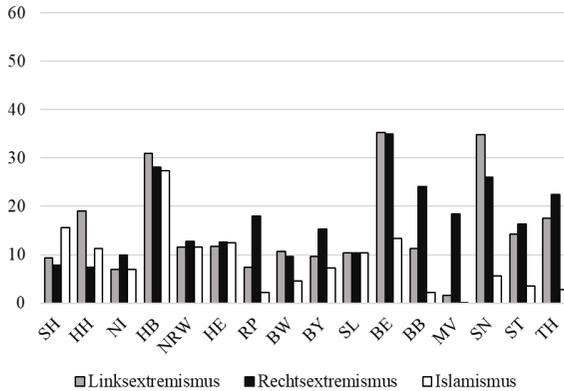


Abbildung 3: Beobachtung politisch-extremistischer Aktivitäten nach Bundesländern (Angaben in Prozent)<sup>2</sup>

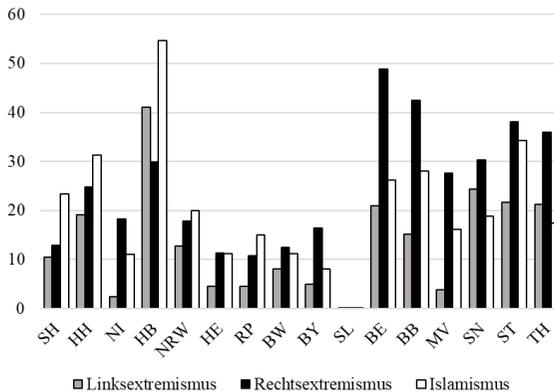


Abbildung 4: Bedrohungsgefühle wegen politisch-motivierter Gewalt nach Bundesländern (Angaben in Prozent)<sup>3</sup>

Abbildung 3 und 4 ermöglichen anhand der Verteilung nach Bundesländern einen differenzierteren Blick. In der Tendenz bestätigt sich das Ungleichgewicht zwischen Ost- und Westdeutschland. Insbesondere Menschen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen beobachteten verstärkt rechts- und

2 Aufgrund des geringen n = 13 sollten die Werte des Saarlands nicht weiter interpretiert werden.

3 Siehe Fn. 2.

linksextremistische Aktivitäten. Sie fühlten sich auch häufiger von damit assoziierter Gewalt bedroht, wobei insbesondere die Bedrohungsgefühle durch islamistische Gewalt hier in einem deutlichen Kontrast zu den Beobachtungen entsprechender Aktivitäten stehen.

Mit die höchsten Raten zeigen sich allerdings in Berlin und Bremen. Hintergrund könnten die besonderen Gelegenheitsstrukturen für entsprechende Beobachtungen in Großstädten sein. Dafür spricht, dass auch die Raten in Hamburg erhöht sind, wobei nicht ganz so hohe Zahlen wie in Berlin oder Bremen erreicht werden. Die niedrigsten Raten lassen sich in den großen westdeutschen Flächenstaaten, insb. Niedersachsen, Baden-Württemberg, Hessen und Bayern, beobachten.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass das größte in der Bevölkerung wahrgenommene Bedrohungspotenzial von rechtsextremer Gewalt ausgeht. An zweiter Stelle folgt islamistisch-motivierte Gewalt, für die sich im regionalen Vergleich nur leicht geringere Prozentraten finden. Der Bedrohung durch linksextremistische Gewalt kommt in der Wahrnehmung der Bevölkerung am seltensten eine Bedeutung zu. Hervorzuheben ist, dass die Raten der Bedrohungsgefühle nicht deckungsgleich mit den Raten der Beobachtung der entsprechenden Phänomene sind. Insbesondere beim Rechtsextremismus und Islamismus beobachten sehr viel weniger Personen entsprechende Aktivitäten als angeben, sich dadurch bedroht zu fühlen. Insofern zeigt sich in diesen bivariaten Auswertungen bereits ein zentraler Befund: Die mit politisch-extremistischer Gewalt assoziierten Bedrohungsgefühle lassen sich nicht ausschließlich auf das Miterleben extremistischer Aktivitäten zurückführen; auch andere Faktoren scheinen bei der Entstehung derartiger Wahrnehmungen eine Rolle zu spielen.

## **5. Einflussgrößen der Wahrnehmung politischer Extremismen und subjektiven Bedrohungserlebens**

Im Hinblick auf die fehlende Deckung zwischen den Raten der Beobachtungen und der Bedrohungsgefühle im regionalen Vergleich werden im Folgenden weitere sozialstrukturelle sowie erfahrungs- und einstellungsbezogene Faktoren in die Analysen einbezogen. Zudem wird der Zusammenhang zwischen Beobachtungen und Bedrohungsgefühlen untersucht.

## **5.1 Einflussgrößen für die Beobachtung extremistischer Aktivitäten**

Die Ergebnisse einer ersten multiplen logistischen Regression, in der die Beobachtungen der drei Phänomenbereiche des politischen Extremismus die zentrale Untersuchungsgröße sind, sind in Tabelle 4 dargestellt.

Bezüglich der sozialstrukturellen Indikatoren bestätigt sich zunächst der deskriptive Befund des Unterschieds zwischen Personen, die in Ost- vs. Westdeutschland leben. In den ostdeutschen Bundesländern ist die relative Chance, links- und rechtsextremistische Aktivitäten zu beobachten, im Vergleich zu Befragten in Westdeutschland um den Faktor 3 bis 3.4 ( $p < 0.001$ ) erhöht. Beobachtungen von islamistischen Aktivitäten treten hingegen in beiden Regionen statistisch gleich häufig auf. Der Migrationshintergrund (MHG) der Befragten ist nur bei Migrant:innen der 1. Generation relevant, die seltener von linksextremistischen Aktivitäten berichten als die Referenzgruppe ( $OR = 0.481$ ,  $p < 0.01$ ). Die Religionszugehörigkeit der Befragten zeigt zweierlei Effekte: Befragte, die sich selbst einer christlichen Religion zugehörig fühlen, berichten häufiger von islamistischen Aktivitäten ( $OR = 1.611$ ,  $p < 0.05$ ). Bei muslimischen Befragten ist eine verringerte Beobachtungshäufigkeit linksextremistischer Aktivitäten im Vergleich zu Personen ohne Religionszugehörigkeit festzustellen ( $OR = 0.369$ ,  $p < 0.01$ ).

Auch einstellungsbezogene Indikatoren weisen einige statistisch relevante Effekte auf. Bei eigener eher rechter politischer Verortung im Links-Rechts-Spektrum findet sich eine leicht erhöhte Wahrscheinlichkeit, über Beobachtungen linksextremistischer ( $OR = 1.211$ ,  $p < 0.01$ ) und islamistischer ( $OR = 1.196$ ,  $p < 0.01$ ) Aktivitäten zu berichten. Ein umgekehrtes Bild zeigt sich bei einer Präferenz eher links verorteter Parteien: Befragte, die angeben, die Grünen ( $OR = 1.814$ ,  $p < 0.05$ ) oder die Linke ( $OR = 2.276$ ,  $p < 0.05$ ) zu wählen, beobachten signifikant häufiger rechtsextremistische Aktivitäten. Interessanterweise berichten Befragte, die CDU/CSU oder SPD präferieren, deutlich seltener als die Referenzgruppe der Unentschlossenen von islamistischen Aktivitäten in ihrem Lebensumfeld. Alle weiteren Wähler:innengruppen weisen keine relevanten Unterschiede zueinander sowie in der Beobachtung der drei Phänomenbereiche auf.

Tabelle 4: *Logistische Regression von Beobachtungen politisch-extremistischer Aktivitäten auf sozialstrukturelle Indikatoren, eigene Einstellungen sowie Erfahrungen*

	(1) Beobachtung links	(2) Beobachtung rechts	(3) Beobachtung islamistisch
<i>Sozialstrukturelle Indikatoren</i>			
West-Ost (1=Ost)	3.405***	2.995***	0.776
Migrationshintergrund (Ref.=nein)			
1. Generation	0.481**	0.656	1.045
2. Generation	1.096	1.067	1.100
Religion (Ref.=keine)			
Christlich	1.120	0.999	1.611*
Muslimisch	0.369**	0.989	0.489
<i>Einstellungsbezogene Indikatoren</i>			
Links-Rechts-Selbstverortung	1.211**	0.950	1.196**
Parteipräferenz (Ref.=Unentschlossen)			
CDU/CSU	0.977	1.219	0.376**
SPD	0.890	1.323	0.426*
Die Grünen	0.856	1.814*	0.935
FDP	1.000	0.896	0.741
Die Linke	0.862	2.276*	0.516
AfD	1.412	0.531	1.843
Nichtwähler	0.692	0.730	0.854
Demokratiedistanz (kont.)	0.750	0.901	1.945*
<i>Erfahrungsbezogene Indikatoren</i>			
Diskriminierung (kont.)	1.360***	1.153*	1.253**
N	3 644	3 644	3 644
Pseudo R <sup>2</sup>	0.096	0.084	0.088

Anmerkung: *Dargestellt werden Odds Ratios in potenziertter Schreibweise. In allen Modellen wird kontrolliert für Alter, Geschlecht und Bildung. \*  $p < 0.05$ , \*\*  $p < 0.01$ , \*\*\*  $p < 0.001$*

Unterschiedliche Beobachtungswahrscheinlichkeiten zeigen sich weiter auch in Abhängigkeit von der Ausprägung demokratiedistanter Einstellungen: Je demokratiedistanter Personen eingestellt sind, desto eher beobachten sie

islamistische Aktivitäten (OR = 1.945,  $p < 0.05$ ). Für die anderen beiden Formen politisch-extremistischer Aktivitäten gilt dies nicht.

Schließlich können auch wie erwartet Zusammenhänge mit der eigenen Diskriminierungserfahrung festgestellt werden: Je höher die Ausprägung individueller Viktimisierung, desto häufiger wird von Beobachtungen aller drei Formen extremistischer Aktivitäten berichtet.

## **5.2 Einflussgrößen für Bedrohungsgefühle**

Im letzten Schritt wird überprüft, inwiefern Gefühle einer Bedrohung durch linksextremistische, rechtsextremistische oder islamistische Gewalt im eigenen Lebensumfeld von dem Ausmaß der selbstberichteten Beobachtung extremistischer Aktivitäten abhängen und welche Relevanz dabei den weiteren hier betrachteten individualspezifischen Indikatoren zukommt.

In Tabelle 5 zeigt sich zunächst mit Blick auf die regionale Verortung der Befragten für Bedrohungswahrnehmungen, dass sich Personen aus den ostdeutschen Bundesländern deutlich häufiger von extremistischer Gewalt bedroht fühlen als Personen, die in Westdeutschland leben. Im Gegensatz zu den Beobachtungen ist hier auch die Bedrohungswahrnehmung durch islamistische Gewalt statistisch relevant. Insbesondere rechtsextremistische Gewalt löst in Ostdeutschland deutlich häufiger Bedrohungsgefühle aus (OR = 3.639,  $p < 0.001$ ). Der Migrationshintergrund hat ebenfalls einen ähnlichen Einfluss wie im Falle von Beobachtungen: Bei Personen der 1. Migrationsgeneration ist die relative Chance, sich durch links- und rechtsextremistische Gewalt bedroht zu fühlen, im Vergleich zu Personen ohne MHG etwa halbiert. Die Religionszugehörigkeit ist nur bei Muslim\*innen relevant. Diese fühlen sich deutlich seltener durch islamistische Gewalt bedroht als Befragte ohne Religionszugehörigkeit (OR = 0.257,  $p < 0.001$ ).

Tabelle 5: *Logistische Regression von Bedrohungsgefühlen durch politisch-extremistische Gewalt auf sozialstrukturelle Indikatoren, eigene Einstellungen sowie Erfahrungen*

	(1) Bedrohung links	(2) Bedrohung rechts	(3) Bedrohung islamistisch
<i>Sozialstrukturelle Indikatoren</i>			
West-Ost (1=Ost)	2.711***	3.639***	1.857**
Migrationshintergrund (Ref.=nein)			
1. Generation	0.437**	0.653*	0.699
2. Generation	0.626	1.377	0.603
Religion (Ref.=keine)			
Christlich	0.856	0.890	0.846
Muslimisch	1.356	1.177	0.257***
<i>Einstellungsbezogene Indikatoren</i>			
Links-Rechts-Selbstverortung	1.239**	0.888*	1.099
Parteipräferenz (Ref.=Unentschlossen)			
CDU/CSU	0.559	0.968	0.742
SPD	0.788	0.761	0.798
Die Grünen	0.332**	0.913	0.556*
FDP	0.712	0.619	0.803
Die Linke	0.341	1.094	0.839
AfD	1.287	0.291*	1.143
Nichtwähler	0.727	0.587	1.388
Demokratiedistanz (kont.)	1.255	1.144	1.926**
<i>Erfahrungsbezogene Indikatoren</i>			
Diskriminierung (kont.)	1.257**	1.285***	1.443***
Beobachtung links	10.60***	0.848	1.468
Beobachtung rechts	0.504*	6.957***	0.871
Beobachtung islamistisch	2.399*	1.310	8.125***
N	3 596	3 596	3 596
Pseudo R <sup>2</sup>	0.263	0.201	0.173

Anmerkung: *Dargestellt werden Odds Ratios in potenziierter Schreibweise; In allen Modellen wird kontrolliert für Alter, Geschlecht und Bildung. \*  $p < 0.05$ , \*\*  $p < 0.01$ , \*\*\*  $p < 0.001$*

Die eigene Demokratiedistanz deutet wiederum auf einen Fokus auf islamistisch konnotierte Gewalt hin: je stärker demokratiedistante Einstellungen

ausgeprägt sind, desto eher wird bezüglich dieses Bereichs ein Gefühl der Bedrohung angegeben (OR = 1.935,  $p < 0.01$ ).

Auch eigene Diskriminierungserfahrungen haben erneut einen Einfluss – je häufiger Befragte diskriminiert wurden, desto eher fühlen sie sich durch politisch-extremistische Gewalt bedroht. Dies gilt für alle drei Phänomenbereiche.

Besonders interessant und auch deutlich sind die Zusammenhänge zwischen der Beobachtung und der Bedrohungswahrnehmung. Hier gilt: Wenn Aktivitäten aus einem Bereich wahrgenommen werden, ist auch die wahrgenommene Bedrohung von Gewalt aus dem gleichen Bereich stark erhöht. Diese fällt bei rechtsextremistischen Aktivitäten mit einer um den Faktor 7 erhöhten relativen Chance für Bedrohungsgefühle recht hoch aus, wird aber von der um den Faktor 10.6 erhöhten relativen Chance bezüglich linksextremistischer Aktivitäten noch übertroffen. Die Effektstärke der Beobachtung islamistischer Aktivitäten liegt in einem ähnlichen Bereich, wobei hier zusätzlich ein erhöhender Effekt auf die Bedrohungswahrnehmung durch linksextremistische Gewalt festzustellen ist (OR = 2.318,  $p < 0.05$ ).

Die Ergebnisse bestätigen insgesamt die theoretischen Annahmen, dass Beobachtungen keine vermeintlich objektiven Größen sind, sondern durch eigene Einstellungen und damit verbundene soziale Kontextbedingungen beeinflusst werden. Es lässt sich insoweit, wie theoretisch erwartet, die Tendenz beobachten, dass Personen bei einer eigenen eher rechts zu verortenden Einstellung eben diesen Bereich seltener wahrnehmen bzw. möglicherweise nicht als extremistisch interpretieren und demnach auch hier nicht berichten. Die Sensibilität für islamistische Aktivitäten ist bei rechts-orientierten Personen demgegenüber vergleichsweise erhöht. Ein ähnliches Phänomen findet sich im Bereich linker Parteipräferenzen in Bezug auf die Wahrnehmung rechts-extremer Aktivitäten. Auch hier ist davon auszugehen, dass die Aufmerksamkeit durch eine höhere Sensibilisierung für entsprechende Aktivitäten gesteigert ist und mit einer höheren Berichtshäufigkeit einhergeht.

Bedrohungswahrnehmungen wiederum hängen eng mit Beobachtungen extremistischer Aktivitäten zusammen, sind aber nicht allein durch diese erklärbar, sondern werden ebenfalls maßgeblich von der regionalen Verortung einerseits und der eigenen politischen Einstellung sowie individuellen Erfahrungen andererseits beeinflusst. Die Implikationen dieser Befunde werden im nachfolgenden Abschnitt erörtert und diskutiert.

## 6. Diskussion und vorläufiges Fazit

In diesem Beitrag wurden die Wahrnehmungen verschiedener Formen politischer Extremismen sowie Einflussfaktoren für solche Wahrnehmungen untersucht. Hinsichtlich der Verbreitung der Beobachtung extremistischer Aktivitäten und der mit politischer Gewalt assoziierten Bedrohungsgefühle lässt sich ein deutliches Ost-West-Gefälle konstatieren. Insbesondere fühlen sich Menschen in den ostdeutschen Bundesländern deutlich häufiger durch rechtsextremistische und islamistische Gewalt bedroht als das im Westen der Fall ist. Über ganz Deutschland hinweg wird mit dem Linksextremismus das geringste Bedrohungspotenzial assoziiert. Islamistisch motivierte Gewalt hingegen ist in allen Regionen bei deutlich mehr Befragten mit Bedrohungsgefühlen verbunden, als es die Häufigkeit der Beobachtung entsprechender Aktivitäten vermuten lassen würde. Insoweit wird deutlich, dass die Beobachtung extremistischer Aktivitäten für das individuelle Sicherheitsgefühl der Befragten je nach dem betreffenden Phänomenbereich unterschiedlich relevant zu sein scheint.

Die Interpretation dieser Befunde sollte vor dem Hintergrund der zu beachtenden Limitationen erfolgen. So lassen sich aufgrund der Abstraktheit der Abfrage phänomenspezifischer Extremismen interindividuelle Unterschiede in den Interpretationen der damit erfassten Aktivitäten nicht ausschließen. Möglich ist weiter auch, dass Angaben zu Beobachtungen durch mediale Verfügbarkeit (z. B. Lokalnachrichten) oder durch Erzählungen von anderen Personen verzerrt sind, auch wenn im Fragebogen darauf hingewiesen wurde, dass nur eigene Erlebnisse berichtet werden sollten.

Im Hinblick auf mögliche Einflussfaktoren für die hier betrachteten Größen verdienen unseres Erachtens zwei Ergebnisse besonders hervorgehoben zu werden, da sie mit relevanten politischen und gesellschaftlichen Implikationen verbunden sind.

Zum ersten ist dies die *Abhängigkeit der Wahrnehmung von Extremismen von eigenen politischen Einstellungen* der Befragten. Die Befunde weisen auf eine subjektiv höhere Sensibilität bezüglich derjenigen Phänomene hin, mit der sich die Befragten jeweils *nicht* identifizieren – so z. B. die hohen Bedrohungsgefühle bezüglich linksextremistischer Gewalt bei Personen im politisch eher rechten Spektrum, und umgekehrt die besondere Relevanz rechtsmotivierter Gewalt bei Befragten, die sich selbst eher politisch links verorten.

Die Ergebnisse unserer Analysen zeigen insofern, dass entsprechende Erfahrungsberichte immer mit Vorsicht interpretiert und deren Quellen hinterfragt werden sollten, bevor Schlussfolgerungen und Handlungsbedarfe daraus abgeleitet werden. Insbesondere aus dem rechtspopulistischen Bereich werden xenophobe oder auch muslimfeindliche Forderungen nicht selten durch Verweise auf diesbezügliche Beobachtungen und vermeintliche entsprechende Bedrohungen gestützt. In diesem Zusammenhang wird eine Tendenz zur Darstellung bestimmter Gruppen als „Sündenböcke“ erkennbar (vgl. *Hameleers* 2021, S. 47). Vor allem bei Personen, die selbst demokratiedistante Einstellungen erkennen lassen, bezieht sich ein solches Feindbild klar auf die Gruppe der Muslim:innen, die mit islamistischer Gewalt und damit verbundenen Bedrohungen assoziiert werden (vgl. *Eibach* 2021, S. 18).

Aber auch unabhängig von der Stereotypisierung einzelner Gruppen ist das Gefühl, dass eigene Probleme – dazu gehören auch subjektiv erlebte Unsicherheitsempfindungen – ernst genommen werden, ein zentraler Faktor für das Vertrauen in staatliche Akteur:innen und Institutionen (*Farren et al.* 2022). Hier können ganz grundlegende Fragen des Vertrauens in das politische System betroffen sein. Denn „(...) threatening events not only affect the amount of intergroup conflict, but may also alter the structural conditions under which such conflict emerges in the first place“ (*Frey* 2020, S. 684).

Ein zweites Kernergebnis ist die *Relevanz individueller Erfahrungen für das Gefühl extremistischer Bedrohung*. Eine durch Diskriminierungserfahrungen oder das Erleben extremistischer Aktivitäten im Lebensumfeld gesteigerte Salienz kann in der Folge das zukünftige Verhalten von Menschen beeinflussen. Werden Personen mit intoleranten oder radikalen Verhaltensweisen konfrontiert, dann werden sie damit zugleich auch vor die Herausforderung gestellt, mit daraus resultierenden negativen Gefühlen, wie z. B. Bedrohungserleben, aber auch Ärger oder Enttäuschung, umzugehen.

Insgesamt ist zu beachten, dass Einstellungen nicht nur die Verarbeitung von situationalen Wahrnehmungen beeinflussen, sondern dass die Interpretation von Situationen als gefährlich und bedrohlich auch umgekehrt auf die eigenen Einstellungen zurückwirken und das eigene zukünftige Verhalten beeinflussen kann: „Threats, however, not only incite intolerance but also motivate retaliation against the threatening group.“ (*Frey* 2020, S. 686; vgl. *Knäble et al.* 2021, S. 102, vgl. *Stevens/Banducci* 2022, S. 1093). Wir haben es hier also mit dem Risiko einer Negativspirale zu tun, die maßgeblich durch subjektive Wahrnehmungen von Menschen angetrieben und beeinflusst wird (*Schneider et al.* 2020; *Moghaddam* 2018). Aufgrund dieses Eskalationspotenzials, das

sich bis hin zur physischen Gewalt verdichten kann, weisen die untersuchten Bedrohungsgefühle in der Bevölkerung auch aus sicherheitspolitischer Perspektive relevante Implikationen auf. Die empirischen Grundlagen dieser Implikationen sollten daher noch stärker in den Fokus der wissenschaftlichen Forschung gerückt werden – nicht zuletzt wegen ihrer Ansatzpunkte für die Prävention von Extremismen sowie ihrer Rolle für die Wahrnehmung eines sicheren Zusammenlebens in Deutschland.

## Literatur

- Birkel, C./Church, D./Erdmann, A./Hager, A./Leitgöb-Guzy, N.* (2022): Sicherheit und Kriminalität in Deutschland – SKiD 2020. Bundesweite Kernbefunde des Viktimisierungssurvey des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Bundesministerium des Innern und für Heimat* (2022): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2021. Bundesweite Fallzahlen, in: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2022/pmk2021-factsheets.pdf>
- Bodenhausen, G.V./Kang, S.K./Peery, D.* (2012): Social Categorization and the Perception of Social Groups. In: Fiske, S.T./Macrae, C.N. (Hg.): *The SAGE Handbook of Social Cognition*. London: SAGE Publications, S. 311-329.
- Brettfeld, K./Endtricht, R./Farren, D./Fischer, J.M.K./Wetzels, P.* (2021): Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Entwicklung, Inhalt und Aufbau des Erhebungsinstruments. MOTRA Forschungsbericht No. 1. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10257>
- Druckman, J.N./McGrath, M.C.* (2019): The evidence for motivated reasoning in climate change preference formation. *Nature Climate Change*, 9, S. 111-119. <https://doi.org/10.1038/s41558-018-0360-1>
- Eibach, R.* (2021): Ideological Polarization and Social Psychology. In: *Oxford Research Encyclopedia of Psychology*. <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190236557.013.240>
- Endtricht, R./Farren, D./Fischer, J.M.K./Brettfeld, K./Wetzels, P.* (2022): Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Durchführung und Rücklauf der Erhebung – Methodenbericht. MOTRA Forschungsbericht No. 2. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10257>
- Farren, D./Brettfeld, K./Wetzels, P./Fischer, J.M.K./Endtricht R.* (2022): Political Extremist Attitudes and Acceptance of Political Violence in Germany: On the Important Role of Subjective Evaluations of the Police and other State Authorities, in: <https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/media/farren-et-al-procedural-justice-and-extremism-okt-2022-vers-5.pdf>
- Fischer, J.M.K./Endtricht, R./Farren, D.* (2022): Die Bedeutung kollektiver Marginalisierung und negativer sozialer Emotionen für die Erklärung extremismusauffiner politischer Einstellungen: Eine empirische Untersuchung auf Basis der General Strain Theory. *RPsych*, 8 (2), S. 173-195.

- Frey, A. (2020): "Cologne Changed Everything" – The Effect of Threatening Events on the Frequency and Distribution of Intergroup Conflict in Germany. *European Sociological Review*, 36 (5), S. 684-699.
- Grande, E./Hunger, S./Hutter, S./Kanol, E./Koopmans, R./Saldivia Gonzatti, D./Völker, T. (2022): Politischer Protest und Radikalisierung. In: Kemmesies, U./Wetzels, P./Austin, B./Büscher, C./Dessecker, A./Grande, E./Rieger, D. (Hg.): MOTRA-Monitor 2021. Wiesbaden: MOTRA, S. 104-133.
- Hameleers, M. (2020): They Are Selling Themselves Out to the Enemy! The Content and Effects of Populist Conspiracy Theories. *International Journal of Public Opinion Research*, 33 (1), S. 38-56. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edaa004>
- Hornsey, M.J. (2008): Social Identity Theory and Social Categorization Theory: A Historical Review. *Social and Personality Psychology Compass*, 2 (1), S. 204-222.
- Kahan, D.M. (2013): Ideology, Motivated Reasoning, and Cognitive Reflection: An Experimental Study. *Judgment and Decision Making*, 8, S. 407-424.
- Kemmesies, U./Wetzels, P. (2021): Vorwort. In: Kemmesies, U./Wetzels, P./Austin, B./Dessecker, A./Grande, E./Kusche, I./Rieger, D. (Hg.): MOTRA-Monitor 2020. Wiesbaden: BKA, S. 10-22.
- Knäble, J./Breiling, L./Rettenberger, M. (2021): Theorien und Erklärungsmodelle von Radikalisierungsprozessen im Kontext des Rechtsextremismus. *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie*, 15 (2), S. 99-108. <https://doi.org/10.1007/s11757-021-00659-8>
- Moghaddam, F.M. (2018): Mutual Radicalization: How groups and nations drive each other to extremes. Washington: American Psychological Association.
- Oakes, P.J. (1987): The salience of social categories. In Turner, J.C./Hogg, M.A./Oakes, P.J./Reicher, S.D./Wetherell, M.S. (Hg.): *Rediscovering the Social Group: A Self-categorization Theory*. Oxford, United Kingdom: Blackwell, S. 117-141.
- Quillian, L./Pager, D. (2010): Estimating Risk: Stereotype Amplification and Perceived Risk of Criminal Victimization. *Social Psychology Quarterly*, 73 (1), S. 79-104. <https://doi.org/10.1177/0190272509360763>
- Rhodes, M./Baron, A. (2019): The Development of Social Categorization. *Annual Review of Developmental Psychology*, 1, S. 359-386. <https://doi.org/10.1146/annurev-devpsych-121318-084824>
- Schneider, V./Pickel, S./Pickel, G. (2020): Gesellschaftliche Integration, Radikalisierung und Co-Radikalisierung. In: Pickel, G./Decker, O./Kailitz, S./Röder, A./Schulze Wessel, J. (Hg.): *Handbuch Integration*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 1–13.
- Stephan, W.S./Stephan, C.W. (2000): An Integrated Threat Theory of Prejudice. In: Oskamp, S. (Hrsg.): *Reducing Prejudice and Discrimination*. Psychology Press. <https://doi.org/10.4324/9781410605634>
- Stevens, D./Banducci, S. (2022): What are you afraid of? Authoritarianism, Terrorism, and Threat. *Political Psychology*, 34 (6), S. 1081-1100. <https://doi.org/10.1111/pops.12804>
- Strickland, A.A./Taber, C.S./Lodge, M. (2011): Motivated Reasoning and Public Opinion. *Journal of Health Politics, Policy and Law*, 36 (6), S. 935-944. <https://doi.org/10.1215/03616878-1460524>
- Tajfel, H./Forgas, J.R. (2000): Social Categorization: Cognitions, Values, and Groups. In: Stangor, C. (Hg.): *Stereotypes and Prejudice: Essential Readings*, Psychology Press, S. 49-63.

*Turner, J.C./Hogg, M.A./Oakes, P.J./Reicher, S.D./Wetherell, M.S. (1987): Rediscovering the Social Group: A self-categorization Theory. New York: Blackwell.*

*Tversky, A./Kahneman, D. (1974): Judgment under Uncertainty: Heuristics and Biases. Science, 185 (4157), S. 1124-1131. <https://doi.org/10.1126/science.185.4157.1124>*

*Wetzels, P./Brettfeld, K./Endtricht, E./Farren, D./Fischer J.M.K. (2022): Verbreitung extremismusaffiner politischer Einstellungen sowie Konfrontationen mit Intoleranz und politischem Extremismus in Deutschland – Deskriptive Grundaussagen der repräsentativen Bevölkerungsbefragung „Menschen in Deutschland 2021“. MOTRA Forschungsbericht No. 4. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10507>*